

mit diese Angaben. Da diese **Lehrstühle** jetzt veröffentlicht werden, ist wohl damit am Oesterreich ein Ziel gegeben, nun den Frieden als endgültig geschlossen anzuerkennen.

Im übrigen ernannte Wilhelm II. den — griechischen König zum „Generalfeldmarschall“.

Das Bild der Bamer.

Wer höflich behandelt werden will, muß Schulden machen! Für den, der bis über die Ohren in Schulden steht, sind die Gläubiger sehr überglücklich. So geht es auch im Leben der Bamer! Die Partei hat das Kampfen verstanden! Sie zeigt nun den Gläubigern, die Hilfe und Ratlos anhaben, als die Partei von verdächtigem Seiten angegriffen wurde, ihre gute Position als Schuldner! Die Rechte drohen, der Partei die Selbstauflösung abzuschneiden, wenn ja, wenn sie nicht auf den Wiedererwerb in das verlorene Gebiet Thrazien verzichte. Darob laden die Parteien, die Partei ganz genau, daß das letzte Drohungen sind. Je mehr nämlich die Partei wirtschaftlich geschwächt wird, um so mehr haben die Gläubiger Aussicht, die Forderungen zu bezahlen, und ein tüchtiger Staatsbankrott würde von den Wägen — nicht zuletzt in Deutschland — schauerhafte Verheerungen anrichten. Das offizielle Blatt **Tannin** bemerkt zu den Drohungen, die Partei finanziell aufs Trockene zu gehen, könnte, als man etwa glaube, die Partei werde ihre Schulden bändigen lassen, um ihre Schulden zu bezahlen? — Die irrtümliche Regierung verwende nun Gelder, die eigentlich den Gläubigern gehören, zur Bezahlung ihrer militärischen Ausgaben. Die Gläubiger mögen die Fülle halten; sie können nichts machen — ohne sich selbst ins eigene Fleisch zu schneiden!

Frankreich.

Antimilitaristische Demonstration. In Paris kam es bei dem militärischen Apparat zwischen Antimilitaristen und Nationalisten, welche an der Schatzburg-Statue eine Kundgebung veranstalten wollten, zu einer Mauterei. Die Polizei schritt ein und vertrieb die Antimilitaristen, welche in der Rue Royale die Schaufenster einiger Juweliers zertrümmerten und angeblich „Wesdünipfungen“ gegen die Armee ausstießen. 10 Antimilitaristen wurden verhaftet.

Ein französischer Polizeifeldzug. Nach einer Meldung des **Zeit** Parisien ist in Paris ein großer Polizeifeldzug zu erwarten. Ein Brigadier und sechs Beamte sind in Untersuchung gezogen, weil sie sich betreten ließen, verschiedene Leute unter Anschuldigung erfindender Vergehen zu verhaften. So soll eine junge Frau, welche sich an ihrem Verlobter rächen wollte, die Polizisten belächelt haben, diesen als Zuhälter zu arretieren. Er sei auch in diesem Sinne verurteilt worden. Auch andere Fälle von Verhaftungen auf Grund falscher Anschuldigungen werden erzählt.

Finnland.

Die Wahlfrage der Sozialdemokratie. Aus Helsingfors wird gemeldet: Das nunmehr festgesetzte Wahlergebnis ergibt folgenden Bestand des neuen Landtages: 90 Sozialdemokraten, 38 Altfinnen, 29 Jungfinnen, 25 Schweden, 28 Agrarier. Im Vergleich mit den Wahlen 1911 gewannen die Sozialisten 4 neue Sitze, die Jungfinnen einen, die Agrarier 2, die Altfinnen verloren 5, die Schweden einen, die Christlichen Arbeiter einen Sitz; letztere sind infolge dessen ganz aus dem Landtage verdrängt.

England.

Der Frauenkampf für das Stimmrecht. Aus London wird gemeldet: Vor dem Whitehallgebäude kam es am Sonntag nachmittags zu Tumulten. Als nach einer Demonstration auf dem Trafalgar-Quadrat die bekannte Anführerin des Frauenstimmrechts, Sylvia Parkhurst, die Volksmenge nach der Downingstreet führte, offensichtlich in der Absicht, dort eine Versammlung abzuhalten, griffen die Polizisten gewaltfam ein. Nach einem scharfen Danksagung mit der Polizei wurde die Menge zerstreut. Sylvia Parkhurst und 14 andere Personen wurden verhaftet.

Politische Auslandsnachrichten.

Barcelona, 9. August. (Polizeiliche Meldung.) Die Schuttmacher haben die Arbeit wieder aufgenommen. Der Wunsch der Streikenden, zu einer Lösung zu kommen, macht sich immer mehr geltend. Die Polizei hat in einer Schenkung neun Streikführer verhaftet, die Streikbesätze vorbereiteten, welche in verschiedenen Gebieten Anstaltsins verstreut werden sollten. Am Samstag haben 6000 Auswärtige beschließen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In Barcelona sind 550 Metallarbeiter in den Ausstand getreten.

Newyork, 10. August. Die mexikanische Frage scheint sich zu klären. Die Gemüter haben sich beruhigt und man hofft, daß ein Krieg zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten vermieden werden könne und wartet ruhig die Ankunft Linds, des Generals des Präsidenten, in Mexiko ab. Die Vereinigten Staaten wollen den provisorischen Präsidenten von Mexiko nur ernennen, die Verprechungen zu erfüllen, die er bei Übernahme der Regierung nach Waders Tod amtlich abgegeben habe, nämlich, in Mexiko sofort Wahlen stattfinden zu lassen und eine konstitutionelle Regierung herzustellen.

Aus der Partei.

Zur Kritik der Reichstagsfraktion.

In den letzten Tagen haben sich eine große Anzahl Parteikonferenzen und Parteiverfammlungen mit der Kritik der Reichstagsfraktion bei den Deckungsunterlagen beschäftigt. In den meisten Fällen standen sich die Meinungen scharf gegenüber. In wägen Parteien wurde gewöhnlich die Zustimmung zum Nachbatter und zu der Vermögensgegenständlicher sehr mißbilligt, ohne daß jedoch Beschlüsse gefaßt wurden. Die einzige Organisation, die durch einen klar formulierten Versuch die Haltung der Fraktion mißbilligt, ist (nach unserer Überfahrt) bisher die Halle die gemein, doch haben sich eine Reihe von Reichstagsabgeordneten in gleichem Sinne erklärt. In Dresden fand eine große Versammlung für mehrere Wahlkreise statt, in der die Agg. Mühl und Horn und Landtagsabg. Fleischer die Fraktionskritik verurteilten. In einer zweiten Versammlung zur Kreis Dresden-Neustadt stellte sich der neue Reichstagskandidat (der Kreis steht vor dem Wahlkampf) an Stelle des verstorbenen Gen. Raben Gen. B. und auf dem Standpunkt der Fraktion.

Wm. Gradauer: Nachgefragt haben wir den Gedanken der Parteimitglieder, was wir von ihm in etwas erreicht haben, da er nunmehr über sich die Stimme enthalten, wäre ein großer Fehler gewesen. 1906 hat die Fraktion für die Erbschaftsteuer gelehrt, 1909 in zweiter Lesung für die Nachbatter, also wiederum das Verbrechen begangen, und nun, nachdem sie monatelang nicht haben, sollen wir auf einmal sagen: Nein! Das ist ganz unmöglich. Dann müssen wir auch in den Kommissionen überall von Anfang an Nein sagen. Und schon 1908, bei der Notwendigkeit, brachte die Fraktion einen Antrag ein, der belagte:

„Kollis die Ausgaben des Marine-Etats den Betrag von 117 Millionen überschreiten, werden sie durch eine Reichsfinanzkommission auf die Einkommen von 1000 Mt. an abgedeckt.“

Ob die Massen unsere Haltung verstehen, braucht man nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Es würde immerhin schwierig sein, den Wählern begreiflich zu machen: Seither haben wir immer dafür agitiert, sich stimmen vor dagegen. Die Erfolge von 1912 verdammen wir nicht zum wenigsten der schamlosen Zurechnung von 1909, und nun kommt eine weitere Steuer — da sollen wir dagegen stimmen? Den Gegnern hätten wir eine gute Waffe in die Hand gebracht. Wir würde es in Zukunft sein? Die Regierung sollte nicht erklären: Wir wollen eigentlich eine Weisheit bringen, aber die bringen wir nicht durch, da wir ihnen die Sozialdemokraten dagegen. Der Vertrag in Reno wird wohl mit überwältigender Mehrheit den Standpunkt der Fraktion aufweisen.

Wm. Mühl: Bei der Deckungsvorlage handelt es sich nicht darum, ob Kommerzietate Steuern zahlen wollen oder nicht, sondern ob wir die Vorlage als eine politische Frage ansehen, wie er Mühl, oder als eine Finanzfrage, wie Gradauer. Wir müssen den Wählern sehr deutlich machen, was die Vorlage ist, und daß sie keine politische Frage ist, sondern eine wirtschaftliche. Die Weisenden lagen nun auf Jahr und Tag: Wir haben bezahlt, jetzt laßt uns fernherin in Ruhe. Nein, indirekte Steuern werden kommen. Den Massen wäre unsere Stellungnahme sehr verständlich gewesen. Wir wirken bei vielen Gelegenheiten zu verbessern, was wir können, und bei der Schlußabstimmung entsteht doch immer die Frage: Können wir dieses Gesetz annehmen oder müssen wir es ablehnen? Die Abstimmung in unserer Organisation scheint mir ein Zeichen des Schwindens des Vertrauens in unsere Partei zu sein, das einzugreifen ist, leidet in der Partei die Kritik des Dampfers zu getrieben ist. Wir haben uns mit dieser Abstimmung auf die Behauptung der Liberalen verlassen, hoffen wir, daß der Vertrag die Fraktion zu unseren Grundfragen zurückführt. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

In Chemnitz wurde das Verhalten der Fraktion von einer ganzen Anzahl von Genossen lebhaft getadelt. Genosse Dederer bemerkte, daß die Unruhe in den Reihen der Partei grundsätzlicher Natur sei, daß die Fraktion im Reichstags sei Neben zu sehr opportunistische Politik getrieben und den bürgerlichen Parteien zu sehr Rechnung getragen habe. Den Genossen im Lande fehle eine gründliche Durchbildung. Rest hieß, daß die Fraktion sich an das Programm gehalten und die finanziellen Zahlen den Weisenden anerkannt habe. Besser wäre es aber gewesen, wenn sie die Mittel für die Verwirklichung des Militärs bereitgestellt hätte. Der Abgeordnete Roske hätte dem gegenüber einen recht schmerzlichen Stand, als er die Haltung der Fraktion zu rechtfertigen suchte.

In einer Lübecker Versammlung trat der Reichstagsabgeordnete Schwartz als Anführer gegen die Fraktion auf. Er bedauerte, daß die Reichstagsfraktion ihren bewährten früheren Standpunkt: diesem System keinen Mann und keinen Großen verlassen habe. In der Fraktion hätte in dieser Frage große Unklarheit geherrscht, die nur durch Abhaltung von Sonderkonferenzen, die der Partei in Chemnitz leider unterlag habe, hätte beseitigt werden können.

In Moskau sprach Wm. Gen. Dr. Derrfeld Berlin. Er beurteilte die Abstimmung der Fraktion zu den Weisenden denn damit hätte die Sozialdemokratie den Militärischen Konzeptionen gemacht. Nachher Gen. Derrfeld wandte sich entschieden gegen diese Darstellung und verteidigte den Fraktionsbeschluß. Die Fraktion habe in jeder Situation zu entscheiden gehabt, wer die Steuern tragen sollte, und sie habe hier

bei die Interessen des Proletariats maßgenommen; sie habe geschandelt, wie die Parteimitglieder bei den ähnlich gelagerten Abstimmungen über das Budget es taten. Von einer Beschuldigung ist die Verurteilung ab.

In einer Breslauer Versammlung begrüßte der Reichstagsabgeordnete Genosse Feldmann die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Weisenden. In der Diskussion unterrichtete er die Weisenden der Breslauer Volkswirtschaftlichen Ausführungen des Referenten, während ein dritter Redner unter dem Widerspruch der Verurteilung die Haltung der Fraktion kritisierte. Genosse Nachbatter darf betonen darauf, wenn jetzt endlich einmal der Weg der Weisenden zur Deduktion der Militärischen bestritten worden sei, so liege darin ein großes Verdienst unserer Reichstagsfraktion.

Auf der Landesversammlung der heftigsten Sozialdemokraten in Mainz wurde am geführten Sonntag auf Antrag Derrfeld gegen eine Stimme beschlossen, dem Renner Partei eine Resolution zur Annahme zu empfehlen, in der ausdrücklich die Haltung der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu dem Weisenden ausgedrückt wird.

Volkswirtschaftliches.

Wie lange noch?

Angeht die neueren Erfindungen am Getreidemarkt muß man die Frage aufwerfen: wie lange noch soll das ständehafte System der Ausfuhrprämien das Volk verhöhnen und plündern? Man denke nur: die Arbeitslosigkeit greift weiter um sich, tausende Proletarier wissen nicht, wie sie das Brot für sich und ihre Familie beschaffen sollen, und dabei werden aus der Reichstasche viele Millionen ausgewendet — das mit deutlichen Getreide aus Deutschland billig ins Ausland geschafft werden kann. Verhältnist man die Ein- und Ausfuhr von Roggen für die Zeit vom 1. August bis 20. Juli, dann erhält man folgendes Bild in Doppelziffern:

	1910/11	1912/13
Roggen, Einfuhr	6.665.138	2.762.757
Roggen, Ausfuhr	7.595.325	8.430.715
Roggen, Ausfuhrüberschuß	840.172	5.667.958
Roggenmehl, Einfuhr	14.367	9.671
Roggenmehl, Ausfuhr	1.622.776	2.134.346
Roggenmehl, Ausfuhrüberschuß 1.608.409		2.124.675

Unterteilt man für Roggenmehl eine durchschnittliche Ausbeute von 60 Prozent, so ergeben sich für die beiden Vergleichsperioden, in Roggen umgerechnet:

	1910/11	Ausfuhrüberschuß	Ausfuhrprämie
1910/11	2.320.832 Mt.	12.604.260 Mt.	
1912/13	9.209.078	46.045.380	

In nicht ganz 12 Monaten lieferte uns demnach die Roggenausfuhr, maßgebend die Ausfuhr nach Absatz der Einfuhr über 46 Millionen Mark. Wieviel Glend konnte gemittelt werden, wenn der Staat diese Summe, anstatt sie zum Zwecke der Proletarierung den Exporteuren in die Tasche zu stecken, den Zwecken der Arbeiterlohnföhrge widmete!

An einem Beispiele sei das Aufreigen, Widerriemen, Volksfeindliche des Ausfuhrprämienystems beleuchtet. Nach den Angaben im Reichsanzeiger folgte in der vorletzten Woche des Monats Juli Roggen in Berlin 177,26 Mt., in Paris 157,26 Mt. die Tonne. Hier war sie also um rund 20 Mt. billiger als in Berlin. Trotzdem lohnt die Ausfuhr. Rechnet man mit 15 Mt. Unkosten für Transport usw., dann ergäbe sich bei einem Export von Berlin nach Paris folgendes Beispiel:

Ausgaben in Berlin für die Tonne	177,26 Mt.
Unkosten u	15,00
	Summa 192,26 Mt.
Erlös in Paris	157,26 Mt.
Ausfuhrprämie	50,00
	Summa 207,26 Mt.

Wichtig ein Gewinn in Höhe von 15 Mt. pro Tonne, trotz des nur um 20 Mt. niedrigeren Preises in Paris. Wie lange noch will das Volk solchen Standa dulden?

Erreichte der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Ein Segen für Raucher



DOYEN
Cigaretten
3 Pfg.
Adler Compagnie Act. Ges.

Hausfrauen!! Haben Sie schon

Mandelmilch-Pflanzenbutter-Margarine

2736

Sana

Als Ersatz für

Naturbutter

in Ihrem Haushalt
aufgenommen?

Nur echt mit dem Namenszug des Erfinders
Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Oskar Liebreich

Liebreich

Tausende von Hausfrauen
brauchen diese täglich zum **Kochen, Braten, Backen und aufs Brot.**

Nachahmungen weisen man zurück.

Aleinnige Produzenten: **Sana-Gesellschaft** m. b. H., Cleve, **Rheinland.**
Fabrikniederlage: **Prinzenstrasse 18.** **Telephon 863.**
Stets frisch zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Werftarbeiterstreit und gewerkschaftliche Zutritt.

K. r. Berlin, den 9. August 1913.

Am Sonnabend fand die außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes die Beratungen über den Werftarbeiterstreit. Über die tatsächlichen Verhältnisse wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Gegenwärtig wie die Unternehmer ihre Pläne verraten, haben folgendes zu tun die Arbeiter eine Interzesse. Die Situation und die Vorgänge auf den Werften waren ja schon, wie betont wurde, am ersten Verhandlungstage eingehend erörtert und klargestellt worden, so daß in dieser Beziehung keine Unklarheiten mehr nach zu befinden. Es handelt sich nun lediglich um die Entscheidung, ob trotz des unbestrittenen Disziplinärbrechens der Streik anzuerkennen oder ihm die Zustimmung zu verweigern. Die Mehrheit vorliegende Resolutionen forderten, unter Anerkennung, daß die Streikenden schwere Fehler gemacht, trotzdem die Zustimmung zur Fortsetzung des Streits und die Zahlung von Streikunterstützung.

In der Diskussion wurden die Anträge teils bekräftigt, teils bekämpft. Die Anerkennung würde Insubordinations bei anderen Mitgliedern erregen, zu weiteren Disziplinärbrechen und das Ansehen der Organisation in erheblichem Maße schädigen. Nach der Meinung, daß Fehler gemacht worden seien, vergabe man sich auch nichts, wenn die Konsequenzen gezogen würden. Damit hätte man die Position der Werftarbeiter, die des Verbandes, wie überhaupt die der organisierten Arbeiterkraft.

Nach hunderttägiger, teils lebhafter, im allgemeinen aber doch sehr friedlicher Diskussion wurde die Debatte geschlossen. Dafür stimmten 71, dagegen 56 der anwesenden Delegierten. 23 Mehrere waren zum Eingekleidet. In seinem Schlusswort wandte sich Schlichte gegen die Ansicht, daß der Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen, von den Internern als Schwäche angesehen werden könne. Sie würde vielmehr darin eine Stärke der Organisation erblicken, die sich freiwillig genug fühlt, einen gemachten Fehler selbst zu corrigieren. Nach der Korrektur habe man freie Hand zu neuen Aktionen. Die Nichtausübung von Internen entspreche dem Statut, das der Vorstand nicht beabsichtigt. Daß auch aus formalen Gründen keine Unterstützung gegeben werden dürften, wenn dadurch ein futuristisches Vorgehen der Mitglieder gefördert werden sollte. Die selbstgegebene Geschicklichkeit man unbedingt respektieren. In der ganzen Debatte habe kein Mehrer bestritten, daß ein großer Verstoß gegen das Statut und gewerkschaftliche Grundsätze begangen worden sei. Daraus ergebe sich die zwingende Notwendigkeit, den Fehler, soweit es geht, wieder gut zu machen. Eine nachträgliche Anerkennung des Streits würde zur Desorganisation führen. Schlichte trat im allgemeinen für die nachfolgende Resolution ein:

Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt nach den Ausführungen des Vorstandes und der Kollegen aus den Werften, in denen die Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandes niedergestellt worden ist, daß dieses Vorgehen nicht in Einklang zu bringen sei mit den Grundsätzen gewerkschaftlicher Zutritt und Disziplin.

Es wurde teils das Vorgehen dieser Kollegen als das Entschuldigende, da es nicht geahnt erweise, die Solidarität des Verbandes gegenüber dem einzigen der Debatte geschlossenen des Internen in der Metall-Industrie zu erhöhen. Aus diesen Gründen ist die Generalversammlung der Meinung, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte, wie er gehandelt hat, sogar so zu handeln verpflichtet war. In richtiger Würdigung der ganzen Situation, in der der Verband durch das Vorgehen der Werftarbeiter gezwungen geblieben ist, verlangt die Generalversammlung von den Werftarbeitern, den Kampf zu beenden. Der Vorstand wird beauftragt, nach Aufnahme der Arbeit erneuerte Verhandlungen nachzugehen und den Beteiligten den Lage des Vermögens des Streits bis zur Wiederannahme der Arbeit Streikunterstützung zu zahlen, sowie auch diejenigen Kollegen zu unterstützen, die nicht sofort wieder eingestellt werden.

Den Ausführungen Schlichtes folgte Beifall und dann noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Sodann kam die Entscheidung, zuerst durch namentliche Abstimmung über eine Resolution, von der Hamburger Gruppe eingebracht, in der die Zustimmung für die Unterstützung von den Haupt- und Nebengruppen zu den Unterstützungen aus der Haupt- und Nebengruppen wurde. Die Ablehnung dieser Resolution erfolgte mit 76 gegen 67 Stimmen. Nun wurde über die von Schlichte und dem Gesamtvorstand beifällig besprochene Resolution abgestimmt. Ihre Annahme erfolgte, ebenfalls in gleicher Abstimmung, gegen 77 Stimmen. Die Resolution lautet wie folgt: Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, abwärts, um eventuell eine allgemeine Ausspernung anzuordnen.

Ein Vertreter der Hamburger erklärte, daß man selbstverständlich für den Beschluß der Generalversammlung eintreten werde, aber die Delegierten müssten die Verantwortung abgeben, welche unangenehme Konsequenzen der Entscheidung ablehnen. Schlichte sprach im Schlusswort die Erwartung aus, daß man überall für den Beschluß der Generalversammlung nachdrücklich sich einsetze und der Verband über den bösen Vorfall ohne Entschädigung hinwegkomme. Damit waren die bedeutungsvollen, in ihren Nachwirkungen noch nicht zu übersehenden Verhandlungen geschlossen.

Verichtigung. Durch einen Fächerfehler ist im Bericht der letzten Nummer eine bemerkenswerte Fälschung in der Rede Schlichtes enthalten. Schlichte erklärte es als verständlich, nicht selbstverständlich, wenn wegen der Mahnung eines Arbeiters eine Abteilung oder gar eine Werft die Arbeit einstellt.

Aus dem Internenlager ist bekannt, daß der Verband der Metallindustrien die Beschlüsse der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes abwärts, um eventuell eine allgemeine Ausspernung anzuordnen.

Verbandstag der Tabakarbeiter.

K. r. Heidelberg, 8. August.

Am letzten Verhandlungstage folgte ein Referat von C. Knuth (Hamburg) über die Verhältnisse, dann erhaltene die Statutenkommission ihren Bericht. Gemäß ihrem Vorschlage wurden die drei oberen Verbandsklassen gänzlich gestrichen. Es verbleiben nur noch drei Verbandsklassen von 35, 45 und 60 Wk. Damit ist der ersten und zweiten Klasse von einer Verbandsklassen-Abhängigkeit und zweiten Klasse von einer Erhöhung eingetretet. Die in der dritten Klasse Unterstützung wurde eingeführt. In der vierten Klasse Unterstützung wurde eingeführt. In der fünften Klasse Unterstützung wurde eingeführt. Die Umgestaltung der Klassen, Arbeitslosen- und Hilfsunterstützung. Die Umgestaltung der Klassen, Arbeitslosen- und Hilfsunterstützung.

sondert weiter stehen. Außerdem gemäß der, sondern noch Sterbunterstützung in die Hinterbliebenen beim Ableben eines Mitgliedes. Die Erwerbslosen-Unterstützung beträgt nach 5wöchiger Mitgliedschaft in der ersten Klasse im Höchstmaß 14,00 Wk. und erreicht mit 12wöchiger Mitgliedschaft den Höchstbetrag von 38,40 Wk. Die entsprechende Höhe in der zweiten Klasse betrug 21,60 und 57,60 Wk. in der dritten 28,80 und 76,80 Wk. Diese Unterstützungsbeiträge können innerhalb einer 7wöchigen Unterstützungsperiode bezogen werden. Die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit wird vom 7. Wochentage an gezahlt und beträgt in der ersten Klasse 0,80, in der zweiten 1,20, in der dritten 1,60 Wk. pro Tag. Unter bestimmten im Statut näher bezeichneten Ausnahmefällen, erfolgt die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit schon vom ersten Tage an. Bei Krankheit gilt ebenfalls die sieben tägige Karenzzeit, doch betragen die täglichen Unterstützungssätze 40, 60, 80 Wk. Die Wochenunterstützung beträgt nach 10wöchiger Mitgliedschaft in der ersten Klasse bis zu 1,50, in der zweiten bis zu 1,80, in der dritten bis zu 2,25 Wk. pro Tag gezahlt. Für Kinder unter 14 Jahren gibt es einen Zuschuß von 75 Wk. pro Kind und Woche. Alle unter Erwerbslosenunterstützung fallenden Beiträge, die die Mitglieder seit den 1. Oktober 1912 bezogen haben werden nach dem neuen Statut aufgerechnet. Dieses neue Statut tritt am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft.

Dies die wichtigsten der Reorganisationsbeschlüsse. Bei der Endabstimmung über das ganze veränderte Statut stimmten nur sechs Delegierte dagegen. Die Reorganisation macht heftigen Widerstand zu einem viel härteren Fall zur Wahrnehmung der Interessen der Verbandes, als es bisher gewesen.

Damit waren die Arbeiten des Verbandes abgeschlossen.

Volkswirtschaftliches.

Das Kapital seit seinen Willen durch!

Mit unerbittlicher Freude begrüßten zuerst die Großindustriellen die Verhufung eines aus ihren Kreisen auf den Gehel des Handelsministeriums. Ezzelien Wölke, damals noch Heilss, bemühte sich, das Wohlgefallen seiner Freunde zu erhalten. Aber er fand sich ihnen in Konflikt. Die russische Preispolitik der Kolonialwaren mußte Wirtshaftung in allen Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen. Besonders die Agrarier forderten Maßnahmen gegen die Syndikatsbildung, nicht aus Volkstrenndlichkeit, sondern um damit den Unwillen der Konsumenten gegen die agrarische Wucherpolitik abzumildern. Der allgemeinen Abneigung gegen die Kohlenhöhen trug Handelsminister Wölke dadurch Rechnung, indem er verfuhr, die Siberia zu verstaatlichen. Das Kohlenpatent wehrte den Versuch ab, Minister Wölke war bei ihnen unten durch und bald darauf auch erledigt. Die Regierung aber suchte noch immer den Schein zu wahren, als ob sie der Preispolitik des Syndikats feindselig gegenüberstehe. Allerdings im Status merkte man nichts davon. Aber es fand sich Arbeiter und Kohlenverkäufer nicht mit seinen Preisforderungen nicht hinter denen des Syndikats zurück. Um verangenehmte Jahre trat der Status mit dem Syndikat sogar ein Abkommen, das gleichbedeutend war mit dem Anschlag. Wieder erregte das Syndikat den allgemeinen Unwillen; es beschloß, obwohl sich schon Krisenzeichen bemerkbar machten, die ohnehin hohen Preise nochmals zu erhöhen. Der Status trat von dem Verträge mit dem Syndikat zurück, unter der Begründung, für die beschließliche Preis-erhöhung keine Verantwortung tragen zu können. Von den Syndikatsleuten wurde der Vorschlag erhoben, die Regierung habe nach billiger Popularität. Es habe der beschloffenen Preissteigerung nur insoweit widerprochen, als es sich um Kohlenorten handelte, die der Status nicht verkaufe. Die Preis-erhöhung wurde durchgeführt. In den letzten Wochen erregte dann die Preissteigerung, einen Brand auf die Preise auszuüben. Nun aber hört man, daß zwischen Syndikat und Status die Verbindung so herzlich geworden sei, daß die Verstaatlichung der Siberia Mitglied des Syndikats. Sider hat es Garantien erhalten, daß ihm die Mitgliedschaft nicht un- bequem werden werde. Somit bedeutet die Verstaatlichung der Siberia eine Unterwerfung unter die Syndikatshegemonie seitens des Status. Das Kapital setzt seinen Willen durch, die kommenden Zollrückfälle, bei denen Agrarier und Großindustrielle wieder im Arm gegen das Volk marschieren, werden ihre Schatten voraus. Und gegen die Konsumenten sieht man die Staatseingriffe in Gemeinschaft mit den Hochpreis-Syberien handeln.

Die Spirituszentrale auf dem Vormarsch!

Die Spirituszentrale bemüht sich nicht mit dem Spiritusmonopol, sie will die ganze Spiritusindustrie unter ihr Joch bringen. Wegen die bairische Gruppe, die der Sinner-Gesellschaft nahesteht, hat man nun ein Statutenreformprogramm ge- gründet; das Gründungskapital der Gesellschaft beträgt 300 000 Mark. An der Gesellschaft sind beteiligt: Dr. Arsch von der Spirituszentrale und Direktor Rohmader von den Vereinten Nord- und Süddeutschen Spirituswerken mit je 100 000 Wk. Die restlichen 100 000 Wk. verteilen sich auf die bairische Spiritus-erzeugungsgesellschaft, Regensburg, die Kunden-Ver- wertungsgesellschaft und die Würzburger Verwertungsgesellschaft. Demnach sind noch Firmen in Baden, Hessen und Württemberg beteiligt. Man weiß, was hinter den Monopol- befehlungen steht. Die Hauptmacher in der Spirituszentrale mitteln ein Bombengeschäft — auf Kosten des Staates! Man rechnet mit der Verstaatlichung des Branntweinvertriebes. Die Junter jagen nicht Phantomen nach, ihre Spekulationen bauen sich gewöhnlich auf sehr realen Untergrund auf. Wenn sie mit der Verstaatlichung rechnen, wird schon was dahinter- stehen. Willsteil stammt gar der kommende Gegenwurf aus der Spirituszentrale. Wenn verstaatlicht wird, muß der Staat die Privatgläubigkeitschaften und Firmen entschädigen. Bei dieser Gelegenheit hilft man tief, selbst nach aktuellen Ge- gebenheiten tief in den Staatskassell greifen zu können. Deshalb werden alle Internen in einem Hand in Hand mit jedem Fall erlangt die Spirituszentrale mit der Verstaatlichung der Konturen eine größere Macht über die Konsumenten, die sich in reichen Gewinnsetzen für die Junter umsetzen löst. Die

Minderermahnte insofern des Samstagsblattes soll durch An- zeihen der Preisforderung mehr als reichlich wieder herein- gebracht werden. Das glückt?

Gewerkschaftliches.

Der erste Alarm gegen die Einigkeit der Bergarbeiter.

In einem langen Artikel besaßte ich am Freitag die Köln- Zeitung mit der von christlichen Gewerkschaften angelegten Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände im Ruhrgebiet. Das Internememorial sieht in der „gemeinsamen Kampfes- front“ eine schwere Gefahr für den Profit, was aus folgender Ausführungen des Kölner Blattes deutlich genug heraus- springt:

Im Ruhrgebiet wird bei einer Beschäftigung von mehr als 400 000 Bergarbeitern derzeit annähernd ein Drittel organi- siert sein. Der Zustand von 1905 hat gezeigt, daß wenn dieses Drittel gemeinsam vorgeht, die Inorganisierten in Scharen zufließen und dann doch trotz der Härtheit der Organisation wirtschaftliche Schwierigkeiten, schämmer Art bestrahlt werden könnten. Diese Möglichkeit ist bei der jetzigen Lage, die die christlichen Führer ins rote Lager erlösen lassen, ins Auge zu fassen und danach ist auch der Wirt- schaft des christlichen Gewerkschafts am besten Eide zu beurteil- en. Mit den Streikenden dieser christlichen Führer, daß sie der stärkste Fall gegen die rote Front sein. Die Aufgabe der christlichen Führer der christlichen Bergarbeiter- Organisation war immer schwebend und christlichen Gewerks- schaften oft abhold. Eine kräftige selbstbewußte Zeitung hat dem christlichen Gewerkschafts bisher gefehlt und der neue Vor- schlag sieht seine erste Aufgabe darin, die Hand des roten Kampfes wider zu fassen. Bei der erwarteten Möglichkeit zu der die Organisation führen können, verdienen diese Beiträ- ge der Wiederannahme einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der christlichen und der roten Bergarbeiter-Organisation im Ruhrgebiet die volle Zustimmung aller beteiligten Kreise.

Beendigung des Glanzstreiks in Hamburg.

Nach einem Kampfe von 13 Wochen Dauer ist der Streik beendet worden. Die Streikenden nahmen die von der paritätischen Kommission festgelegte, mangels Abmachung an, wonach der Lohn sofort um 5 Wk. pro Stunde erhöht wird und ab 1. Oktober 1915 ein weiterer Zuschlag von einem Pfennig auf die zu zahlenden Stundenlöhne erfolgen soll. Es gelang den Glanzern, auch eine Verärgerung der Arbeitseigenen an dem Sonnabend um eine Stunde und vor den großen Aktien- zwei Stunden zu erreichen. Für die Stunden wird ihnen der Lohn mitbezahlt. Das Monatsgehalt wurde von 2,50 Wk. auf 3 Wk. erhöht. Die Internememoren haben gleichfalls diesen Abmachungen zugestimmt. So ist denn eine Bewegung beendet, die von den Glanzern mit bewundernswürdiger Geduld und Beharrlichkeit durchgeführt wurde. Der Streik wurde von zwei Seiten her geführt, die streikenden Glanzern selbst bei den Internememoren nicht arbeiten wollten, die für sich die Forderungen der Aus- ständigen zu bewilligen geneigt waren; sie wollten nur dann die Arbeit wieder aufnehmen, wenn die Gesamtheit der Internememoren sich zu annehmbaren Zugeständnissen bereit er- klärte. Wie wir sehen, hat das Vorgehen erfolgreich zum Ziel geführt.

Mattung, Cienfuegos.

In Chemnitz sind sämtliche Dienstleister in den Streik ein- getreten. Die Internememoren haben den Arbeitsnachweisvertrag, den sie vor Jahren mit der Arbeiterorganisation abgeschlossen haben, schände gebrochen. Die Dienstleister, soweit sie in Dienst- verhältnis tritt, haben sich sofort als Streikbrecher erklärt. Die Internememoren sind fortlos. Wenn kein Bezug von auswärts kommt, werden sie ihren Vorrat zurücknehmen müssen.

Zum Streit im Föderalmeiner Kupferwerk, Filiale GutsMuths.

wird uns noch berichtet: Einmütig haben die mit einstägiger Abstimmung Beschäftigten den Betrieb verlassen. Die mit zwei- tägiger Abstimmung folgten am nächsten Montag. Vergebens versuchte die Direktion auf die Arbeiter einzuwirken, die Streikenden zurückzunehmen. Auch die Forderung, daß die Arbeiter, die in den Verhandlungen mochten, die streikenden müssen, ergab nicht die erwünschte Wirkung. Himmel und Hölle werden in Bewegung gesetzt, um Streikbrecher zu finden; doch die jetzt mit wenig Erfolg. Keine fünf Arbeiter als Streikbrecher anwerben!

Allerlei.

Zwanzig Jahre Jubiläum wegen ... Feiertag.

Am 2. d. August, vor dem Kriegserfolg von Bengelst wurden am 2. d. Mis, drei Soldaten zu je 20 Jahren Zucht- haus verurteilt, weil sie sich bei einem Bombenangriff feige- gezeigt haben sollen. Es handelte sich darum, das Auto- mobil eines Mannes der Kaufmanns zu zerstören. Bei der Fahrt wurde das Automobil von Bomben überfallen, die zwei Soldaten und den Kaufmann töteten und einen Offizier schwer verletzten. Die Angeklagten versicherten darauf die Größe des Konflikts, angeblich um Hilfe zu rufen. Das Kriegsgericht hielt aber dafür, daß die Soldaten sich feige gezeigt hätten und erzwungene sie zu der angeführten barbarischen Strafe. — Es gehört zu dem Wundernämlichen in dem an Siberia in reichen Militärrecht, daß man Personen schwer bestraft, weil ihnen gewisse Eigenschaften fehlen, die sich ausschließlich aus der Beschaffenheit ihres Verstandes ableiten. Wenn ein Offizier in der Gefahr den Kopf bedeckt, so kann man sagen, es laugt nicht zum Offizier und es hat vielleicht einen gewissen Sinn, ihn zu bestrafen, da er sich eben eine andere Laufbahn wählen konnte. Welchen Sinn hat es aber, furchtbare Strafen über Soldaten zu verhängen, weil sie kein falsches Wort benahmen, wenn man die Leute eigentlich in die Uniform steck und ihnen Leistungen abverlangt, denen sie nicht gewachsen sind?

Der erste Sozialdemokrat? bestraft.

In Bielefeld (Detmold, Bielefeld) hatte im Februar d. J. eine Arbeiterfrau auf dem Waisenballe in ihrer Waise die Freiheit des heiligen Feuers nachzuhaben versucht. Sie trug ein marmeladisches Gewand und auf dem Kopfe einen Dornen- kranz, unterhalb dessen mit roter Farbe Blutstropfen ange- deutet waren. In gebührender Haltung durchschritt die Waise den Saal, um die Zeit des Feuers zu imobilisieren. Auf dem Waisenballe war die Aufschrift zu lesen: „Der erste Sozialdemo- krat“. Geleitet wurde die Frau durch Polizeibeamte aus dem Saale vertrieben. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Gotteslästerung. Die vor der Neuweiber Ferienstän- derkammer zur Verhandlung kam. Die Angeklagte verteidigte sich damit, daß sie keineswegs die Religion übertreffe habe herab- zuwürdigen wollen; sie habe imbibitisch das Wort benützen wollen, das unter der Aufschrift „Feuer“ stehe. Der Gerichtshof hielt aber die Anklage der „Gotteslästerung“ für schuldig und er- lantete gegen sie auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat.



Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 11. August 1913.

Frauen herans!

Die Frauen wollen das gleiche Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde und allen öffentlichen Körperschaften. Sie wollen damit erreichen, daß die vorhandenen Gesezte, Vorschriften und öffentlichen Einrichtungen auch ihren Bedürfnissen gerecht werden. Die Erhebung der Forderung setzt voraus, daß die Frauen dort, wo sie solche öffentliche Rechte besitzen, auch die richtigen Gebrauch machen.

In der Durchführung der Frauenversicherung besaßen schon seither die Frauen die gleichen Rechte wie die Männer. Diese gleichen Rechte sind namentlich auch auf die Durchführung der Unfall- und Invalidenversicherung ausgedehnt worden. Die Frauen können namentlich zu allen Verwaltungsorganen der sozialen Versicherung wählen und gewählt werden.

Es liegt im eigenen Interesse der Frauen, sich über diese Rechte aufzuklären. Das Gewerkschaftsblatt hat zu diesem Zweck auf Mittwoch, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr nach dem Vorlesungssaal eine öffentliche Arbeiterinnen- und Frauenversammlung einberufen, in der ein Vortrag gehalten wird über das Thema: Die Frau in der Arbeiterversicherung. Merken! Die Arbeiterinnen und Frauen müssen zu der Veranstaltung erscheinen.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit.

Nur wenige Tage sind ins Land getreten, seitdem die Arbeitslosen alles in einer großen Verarmung ihre Forderungen nach Verringerung der herrschenden Arbeitslosigkeit aufgestellt haben, und schon macht die bürgerliche Presse, daran die liberale Sozialdemokratie, in denungünstiger Weise mobil gegen eines der Abhilfsmittel, den paritätischen Arbeitsnachweis. Am Donnerstag voriger Woche wurde die Resolution der Arbeitslosen, in welcher die Forderung der Errichtung eines Arbeitsnachweises enthalten ist, Herrn Oberbürgermeister Dr. Hise überreicht, und pünktlich am Sonnabend erobert die Sozialdemokratie die „warnende Stimme“. Nicht das nicht auch, um mit dem Anführer im Knapp-Prozess zu sprechen, auf 10 Meter gegen den Wind nach Denunziation? Was in dem fraglichen Artikel den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften sonst noch in die Schuhe geschoben wird, darüber wollen wir heute einmal hinweggehen. Dann aber kommt die Behauptung, daß in vielen paritätischen Arbeitsnachweisen die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine unerwünschte Herrschaft ausüben. Als Kronzeuge für diese Mär wird Herr M. Schmiedler, der Vertreter der Arbeiter, in denungünstiger Weise mobil gemacht, welche Gewerkschaft und welchen Arbeitsnachweis gemeint ist. Der paritätische Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie kommt in Frage. Wie sieht es denn nun dort? Hervorgegangen ist derselbe aus dem Kampf, den Unternehmer und Arbeiterorganisation um die Herrschaft auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises jahrelang geführt haben. In diesem Kampf haben die „Dirle“ keinen Jäger gerührt. Das Gegenteil war der Fall. Als im Jahre 1907 an schwebend stehender in Berlin ausgeperert wurden — der Zweck der Auspeperung war neben anderem die Zerstörung jenes Nachweises — da holte der Gewerkschaften der Holzarbeiter aus ganz Deutschland seine Mitglieder heran, um die Plätze der Ausgepererten besetzen zu können. Wenn damals der Kampf sich zwanzig Wochen hinzog, ist es der Unzufriedenheit der „Dirle“ zu danken. Im Jahre 1910 wurde nach neben den drei Vertretern des Holzarbeiterverbandes als Leiter auch ein Vertreter der „Dirle“ hinzugezogen. Gewisse maßgebende Parität, wenn man weiß, daß der Holzarbeiterverband in Berlin 30.000 Mitglieder zählt und die „Dirle“ ganze tausend haben. Erst von dieser Zeit an kamen die Klagen, daß viele Stellen nicht mehr durch den Zentral-Arbeitsnachweis besetzt wurden, sondern am Tage vorher gemeldete Stellen, die nicht mehr zur Ausgabe gelangen konnten, waren bei der ordnungsgemäßen Vermittlung schon besetzt. Es waren meist „Dirle“, die dann früh morgens angefangen hatten. Wer hier die Hand im Spiele hatte, liegt klar auf der Hand, daß sich die Mitglieder

des Holzarbeiterverbandes eine bezügliche Vermittlung, hinten herum, außer der Reihe nicht gefallen ließen, und diese Handlungsweise zu ersten Gegebenheiten hin zu führen vermochten. Die „Dirle“ waren in diesem Falle aber nicht die „sozialdemokratischen“ Organismen, die waren an einer anderen Stelle zu suchen. Also, verzichte Saalezeitung: „Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“

Das abgeschaltete Folgeblatt sucht in einem anscheinend aus amtlicher Quelle stammenden Artikel den Nachweis zu erbringen, daß die Stadtverwaltung bisher die Pflicht, der Arbeitslosigkeit zu steuern, in seiner Weise verletzt habe. Es werden dann alle in Arbeit befindlichen Ochs- und Liefersanten bis ins kleinste aufgezählt und die uns etwas lächerlich dünkende Behauptung aufgestellt, daß allein von der Stadt in diesem Jahre eine Menge Arbeitskräfte mehr beschäftigt würden, als in früheren Jahren. Wie es damit in Wirklichkeit steht, dürfte wohl aus einer Zukunfts zu ersehen sein, die uns aus Bauarbeiterkreisen zugeht, und der wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Eine ungeheure Arbeitslosigkeit ist über die Arbeiter der einzelnen Industriezweige schon jetzt herrschend. Und eben die Wirtschaftskrise tritt im August begriffen ist. Ganz besonders schwer getroffen ist das Baugewerbe, in dem sich ja allerdings schon vor längerer Zeit die Anzeichen der Krise bemerkbar machten. Mitten im Sommer, mitten in der Saison ist das Gros der Bauarbeiter arbeitslos. Einige Zahlen mögen beweisen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit in diesem Berufe angenommen hat. Am Juli 1912 waren im Arbeiterverein Halle des Bauarbeiterverbandes 1881 Maurer und 914 Baubauarbeiter im Baubetriebe beschäftigt. Im Juli dieses Jahres waren es aber nur 884 Maurer und 470 Baubauarbeiter. Die Zahl der begonnenen Bauten betrug nach dem Monatsberichten des Statistischen Amtes im Juni 1912: 66, im Juni 1913 nur 21. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie tief die Krise auf dem Baugewerbe liegt. Es sind es nicht die schredendsten Zahlen, denen man hier gegenübersteht? Können sie nicht von einem ungeheuren Elend der Bauarbeiter? Und nicht erst jetzt letzter Teil hat die Arbeitslosigkeit, sondern eine große Anzahl Bauarbeiter ist bereits 20 Wochen und länger arbeitslos. Am Durchschnitt beträgt die Arbeitslosigkeit 10 Wochen. Eine große Anzahl, darunter viele ältere Bauarbeiter, die Familienmitglieder sind, treibt sich auf der Landstraße herum, um nicht zu leben, wie die Familie, die Kinder Hunger leiden müssen. Selbst das Staatliche Amt bemerkt in seinem letzten Bericht, daß von einer nennenswerten Baulärigkeit nicht die Rede sein kann. Auch die Stadtverwaltung weiß, daß in der Stadt und speziell im Neubaugebiet eine große Arbeitslosigkeit herrscht, was im Augustenoberbürgermeister Dr. Hise der Deputation der Arbeiterorganisation selbst erklärt hat. Aber warum, fragen wir, unternehmen die Stadtverwaltung nichts Durchgreifendes, wenn ihr bekannt ist, daß die Arbeitslosigkeit eine so große ist? Warum trifft sie keine außerordentlichen Maßnahmen, um dem Elend auf irgendeine Art zu steuern? Hat die Stadtverwaltung nicht die Verpflichtung hier einzugreifen? Kann sie es nicht oder will sie es nicht? Es scheint fast, daß das letztere zutrifft.

Bereits vor längerer Zeit hat das Stadtbauordnungsamt ein ganz bedeutendes Mittel zur Verhütung städtischer Bauten beigesteuert. Schon damals wurde von einzelnen Stadtbauordnungen darauf hingewiesen, wegen der großen Arbeitslosigkeit diese Arbeiten etwas zu beschleunigen. Aber hat unsere Stadtverwaltung die berechtigten Wünsche berücksichtigt? Alle städtischen Arbeiten werden in einer Art und Weise in Angriff genommen, daß es den arbeitslosen Bauarbeitern fast wie Hohn anzusehen ist. Die neue Arbeiterkolonie ist bereits vor zehn Wochen an die einzelnen Unternehmer zur Fertigstellung vergeben. Jetzt endlich sind die Arbeiten mit 100 Arbeitern in Angriff genommen. Der Fertigstellungszeitpunkt, den ein Unternehmer, der bisher überhaupt noch nicht eingeleitet hat, ist bereits in einigen Tagen laut Vertrag abgelaufen. Wer ist hier schuld, daß die Arbeiter nicht mehr beschäftigt werden? Am großen Neubau des Alters- und Pflegeheims verzögert die Bauverwaltung seit ungefähr sechs Wochen die Herstellung des inneren Fußes, so daß zeitweise nur ein Maurer beschäftigt

war. Die Abbrucharbeiten am Hallenbahnhof werden in einer Weise gefördert, daß voraussichtlich noch lange Zeit weiter gehen wird, als man die Ausschichtung zum Besten hätte. Das gleiche gilt von neuen Sparrichtungsarbeiten. Man könnte ähnliche Fälle noch mehrere anführen. Warum hat die Stadtverwaltung den Abbruch des Erdbeerleibes bis zum Oktober verschoben? Bei allen städtischen Arbeiten, wogegen die Mittel bewilligt sind, ist so konzentriert, daß sie entweder überhaupt noch nicht in Angriff genommen sind, oder daß eine ganz geringe Zahl von Arbeitern damit beschäftigt ist. Die Steuerzahler können aber verlangen, daß die Arbeiten beschleunigt werden. Es ist Pflicht der Stadtverwaltung, daß sie die Interessen der Steuerzahler zu befriedigen sucht, und daß sie nicht selbst die Arbeiter verzögert, wie es tatsächlich der Fall ist.

Es ist überhaupt unverfänglich, wie die Stadtverwaltung sagen kann, sie weiß, daß eine große Arbeitslosigkeit herrscht und dabei duldet, daß die städtischen Arbeiten auswärts und ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Ist es nicht ihre Pflicht, darauf zu dringen, daß vor allen Dingen hiesige Steuerzahler beschäftigt werden? Man ist von unserer Stadtverwaltung schon manches gewohnt, aber ist es nicht unangenehm, wenn städtische Beamte, wie der Ingenieur Geisenhainer, direkt vernachlässigen, daß die Ausschichtung nicht beschleunigt werden? Auf keine Veranlassung wurden hiesige Bauarbeiter entlassen und ausländische Arbeiter eingestellt. Auch jetzt, mitten in der ungeheuren Arbeitslosigkeit, soll der Herr Geisenhainer Arbeiter aus Bayern zu den Ausschichtungsarbeiten am Rathaus in Trotha herangeholt haben. Man gab den ausländischen Arbeitern pro Tag 9—10 Mk. zu verdienen, während man den hiesigen einen Stundenlohn von 42 Pf. gibt. In letzter Zeit soll ja wohl eine Minderung eingetreten sein.

Wären diese Zeiten mit dazu beitragen, daß sich die Stadtverwaltung ihrer Pflicht bewußt wird. Wir betonen noch einmal: wir verlangen, daß die Stadtverwaltung die städtischen Arbeiten beschleunigt und nicht den Demutshoch bildet. Und mag die Stadtverwaltung weiter daran denken, schäme sich nicht, den Arbeitlosen in Angriff zu nehmen, um dadurch wenigstens die allerhöchsten Anforderungen der Krise zu lindern.

Die Reorganisation der Krankenfürsorge. Einer der größten Liebesdienste in der Krankenfürsorge war die große Zersplitterung der Versicherungsträger. Neben dem zurzeit nicht weniger als rund 24.000 auf Grund des Krankenfürsorgegesetzes errichtete Krankenkassen. Die Versicherungsträger strebt eine kleine Befestigung an. Einige Krankenarten sind überhaupt besetzt worden, alle anderen, die weiter bestehen wollen, bedürfen einer ausdrücklichen Zulassung, für die Kosten sind Mindestbeiträge zu zahlen. Die Reorganisation der Krankenfürsorge soll nunmehr fast allenfalls zum Abschluß gebracht und es ist ein Lieberdick über die einschlägigen Maßnahmen möglich.

In Berlin, Hamburg und Breslau herrscht eine besondere große Zersplitterung des Krankenkassenwesens. In diesen Städten hat fast jeder Beruf seine eigene Ortskrankenkasse. Die Bestimmungen, schon vor dem Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Bestimmungen eine Zentralisation, wenigstens nach Berufsgruppen, herbeizuführen, scheiterten. Fast alle Klassen stellen Anträge auf weitere Zulassung, denen zum guten Teil stattgegeben wurde. In Berlin bleibt die Allgemeine Ortskrankenkasse als solche erhalten. Ihr werden alle neu der Versicherungspflicht unterstellten Personen zugewiesen, so daß sie etwa 400.000 Mitglieder zählen wird. Daneben werden die 12 größten Ortskrankenkassen bestehen bleiben. In Leipzig, Mühlhausen, Dresden, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Chemnitz, Schöneberg, Reußhain, Wiesbaden, Korbach, Jena, Weimar, Weichen, Offenbach, Krefeld, Barmen, Herten, Bielefeld, Braunschweig, Paderborn, Meppen, Rastatt usw. befinden sich die Reorganisation der Krankenkassen. Es werden nunmehr zu den bestehenden „Allgemeinen“ Ortskrankenkassen angefaßt, ohne daß weitere Ortskrankenkassen neben ihnen bestehen. Auch die Errichtung von Krankenkassen unterhalb in diesen Städten. Düsseldorf hatte seitler drei Ortskrankenkassen. Sie bleiben alle weiter bestehen. Pommern

12) Geschichte eines Retrunen von 1813.

Von Erdmann-Carlson.

Für den Augenblick sagte Herr Goulben nichts weiter und legte sich mit erster Niene an den Tisch. „Lohn uns eben“, sagte er dann nach einem augenblicklichen Stillstehen. „Da schlägt es gerade zwölf Uhr. Mutter, Gredel und Katharine sind auch fertig.“ Sie legten sich und wir schen. Da dachte über Herrn Goulbens Worte nach, die mir wohlgegründet und richtig schienen. Zante Gredel kniff die Lippen zusammen und blühte mich von Zeit zu Zeit an, um meine Gedanken zu erschließen. Endlich sagte sie: „Ich für mein Teil kümmere mich den Teufel um ein Rand, wo man die Familienmitglieder aushebt, nachdem man die jungen Burden sorgfältig hat. Wenn ich an Josephs Stelle wäre, würde ich sofort dabongehen.“ „Hören Sie, Zante Gredel“, erwiderte ich ihr. „Sie wissen, daß ich nichts so sehr liebe, als Frieden und Ruhe, aber ich möchte nicht als Gredel in andere Länder fliehen. Trotzdem aber werde ich tun, was Katharine will, beschützt sie mir, nach der Schweiz zu gehen, wo werde ich gehen.“ „Da ließ Katharine den Kopf sinken, um ihre Tränen zu verbergen, und sagte ganz leise: „Ich will nicht, daß man dich Verleuten können.“ „Gut denn, so mache ich es wie die andere“, rief ich. „Da die Pfälzburger und Dagsburger in den Krieg ziehen, ziehe ich mit ihnen.“ Herr Goulben machte keine Bemerkung. „Jeder ist frei“, sagte er, „doch freut es mich, daß Joseph gerade so denkt wie ich.“ „Dann wurde es wieder still, und gegen zwei Uhr stand Zante Gredel auf und nahm ihren Korb. Sie schien niedergeschlagen und sagte: „Joseph, du wirst nicht auf mich hören, aber das ist gleich: mit Gottes Hilfe wird alles das vorübergehen. Wenn Gott will, wirst du wiederkommen, und Katharine wird auf dich warten.“ Katharine warf sich an meine Brust und begann zu weinen, und ich noch mehr als sie, so daß selbst Herr Goulben Tränen vergießen mußte. Endlich ließen Katharine und ihre Mutter die Treppe hinunter, und die Zante rief mir von unten noch zu: „Hörst du mich, ich bin noch hier!“ „Ja, ja“, erwiderte ich, indem ich die Tür schloß. „Da hielt mich nicht mehr auf den Beinen. Noch nie hatte ich mich so unglücklich gefühlt, und noch heute dreht sich mir das Herz im Leibe herum, wenn ich daran denke.“

„Ich nun, Joseph... benutzte das trübe Zeit, daß die drei von uns gingen, und besaß Katharine und Mutter Gredel. Ich glaube nicht, daß sie mich nicht gesehen, aber wer kann's wissen? Man braucht die Leute so notwendig, daß es sich möglichstfalls in die Länge ziehen kann.“ „Ich ging demnach jedes Morgen nach Bier- und Wein- und brachte den Tag bei Katharinen zu. Wir waren wohl traurig, aber dennoch recht heiter, daß wir uns saßen, und liebten uns noch mehr als zuvor. Denn man hat kaum möglich war, zu weilen verlor Katharine zu liegen wie sie, und es war, wie ich schon sagte, aber plötzlich kamen ihr dann die Tränen. Dann weinten wir zusammen, und Zante Gredel begann wieder die Krüge zu verdrücken, die alle Welt unglücklich machen. Sie behauptete, die Ausschubungs-Kommission werde gehen zu werden, und alle die Welt seien feier und sich unzufrieden, daß einem das Leben zu denissen. Es gleicht, wie ein wenig, sie toben zu hören, und wir fanden, daß sie recht habe. Abends gegen acht oder neun Uhr, wenn man die Tore schloß, setzte ich in die Stadt zurück und sah dann beim Vorübergehen alle Heimen Wirtshäuser voller Retrunen und aller, entlassener Soldaten, die zusammen saßen. Die Retrunen besahnten immer, die andere mit ihnen schmerzten, auf das Ohr geschlagenen Helmchen, ihren roten Hosen und ihren alten Galsbinden aus Hopsack, welche die Stelle des Demütigens verstraten. Wirgen sich den Schurzardt und erzählten mit majestätischer Würde von ihren Schlachten, ihren Märschen und ihren Dörfern.“ „Man konnte nichts Abendslücken sehen als diese mit Tabakrauch gefüllten, von Gampelamen an schwarzgeräuchernden Balken erleuchteten Krempen, diese alten Giesentische und diese jungen Leute, wie sie tranken, lachten und wie Winde auf die Tische schlugen; und hinten, im Dunkel, die alte Amette Schandts oder Warte hing mit den im Vaden zu einem Mann reichlichen Scharen, in die quer hinten der dreißigjährige Mann geteilt war, wie sie schauten und sich dabei an der Hüfte trugten oder wohl auch auf die Gekundheit der Tapferen einen Schoppen leerten.“

den Hüften mit einem Beberglitz zusammengeknüpft waren. Ihre Schuhe waren unförmlich groß, und so sehen sie länger der alten Parodie an. Ich sah mich aber nicht an, zu sehen, trodne, bagere, schwarzbraune, gelblich, zitterten vor Kälte in ihren langen Kitteln beim bloßen Anblick des Schnees auf den Dächern und schauten mit großen, schwarzen, traurigen Augen die vorübergehenden Frauen an. Man übte sie täglich auf dem Paradeplatz im Märzfeldern. Sie sollten nämlich die Reigen des sechsten Regimentes ergänzen und hielten etwas Recht in der Infanterie.“ „Der Hauptmann der Retrunen, Namens Ribal, logierte über unserm Zimmer. Er war ein vierdfüßiger, kräftiger, entschlossener Mann, aber dennessenachtet auch gutberzig und artig. Er ließ das Schlagwerk seiner Uhr bei uns reparieren, und als er fürchtete, daß ich ausgehoben wäre und nicht zurückkommen würde, ermahnte er mich mit den Worten: „Das alles ist nur Gewohnheit, das kann sein, aber ich werde kämpfen und marschieren, wie wenn man seine Suppe ißt, und viele gemöhen sich sogar sehr daran, Kirschen- und Nananenstücke auf die Leute abzugeben, daß sie sich unglücklich fühlen, wenn ihnen diese Erholung abgeht.“

„Für Bauernhüte, redliche und arbeitame Menschen war das ein trauriges Dasein. Wenn niemand hätte Zeit zur Arbeit, man würde kein Leben für zwei Heller hingeben haben. Und folge des vielen Abnehmens, Trinken und des inneren Schmerzes schielte man am Ende mit der Waie auf der Tischplatte ein, während die Alten die Krüge leerten und dabei sangen: „La gloire nous appelle!“ Wenn ich diese Dinge sah, rief ich den Himmel, daß er mir in meinem Innern ebendiese Leute zur Seite gegeben habe, um meinen Mut aufrecht zu erhalten und zu verbinden, daß ich in solche Hande fielle.“

„Das zog sich bis zum 26. Januar hin. Vor einigen Tagen war eine bedeutende Anzahl holländischer Retrunen, Bionnteler und Genuever, in der Stadt angekommen. Die eierten waren in alle Richtungen gemähter Schwanden und ihre Krausköpfe mit großen, schwarzen, roten Hosen bedeckt; außerdem trugen sie buntdruckene Hosen aus großer Wolle und kleine, zugefrorene Äste aus beglühem Stoff, die an

